

# Staatsrecht III

Sauer

8. Auflage 2024  
ISBN 978-3-406-82060-1  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

**Lernbücher Jura**  
Staatsrecht III  
Heiko Sauer

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Staatsrecht III

Auswärtige Gewalt

Bezüge des Grundgesetzes zu Völker- und Europarecht  
Offene Verfassungstaatlichkeit

von

**Prof. Dr. Heiko Sauer**

Inhaber des Lehrstuhls für deutsches und europäisches Verfassungs- und  
Verwaltungsrecht an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät  
der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

8. Auflage 2024

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Sauer StaatsR III §1 Rn. 1

**beck-shop.de**  
beck.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82060 1

ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82061 8

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH,  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Fotosatz Buck

Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen

*für Kati*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort zur 8. Auflage

Für die 6. Auflage hatte ich das Lehrbuch grundlegend überarbeitet und den Versuch unternommen, durch die Einführung von „Vertiefungsabschnitten“ wieder etwas Komplexität zu reduzieren. Diese wenden sich an Studierende, die Veranstaltungen zum Staatsrecht III in den Schwerpunktbereichen belegen oder sich bereits in der Examensvorbereitung befinden, während Studierende, welche die Vorlesung erstmals hören, getrost auf die Erarbeitung der „Vertiefungsabschnitte“ verzichten können. Für die 7. Auflage hatte ich mich neben einer Neufassung des dritten Kapitels und Abrundungen des stets besonders in Bewegung befindlichen 9. Kapitels maßgeblich auf die erneut notwendigen Aktualisierungen beschränkt. Neu hinzugekommen waren allerdings vertiefende Erläuterungen zum Grundrechtsschutz: zur Grundrechtsbindung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten (§ 4 Rn. 6a ff.) und zum Verhältnis von deutschen und europäischen Grundrechten im Nachgang zu „Recht auf Vergessen“ (§ 9 Rn. 100a ff.). Für die 8. Auflage habe ich neben weiteren Aktualisierungen wichtige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Europaverfassungsrecht nachgetragen: zum Vorhaben „Next Generation EU“, zum Einheitlichen Patentgericht, zur ESM-Reform und jüngst zur Reform des Direktwahlakts. Nachdem der Konflikt um das PSPP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und damit um die Letztkontrolle der Kompetenzen der Europäischen Union mit der Einstellung des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland im Dezember 2021 eine weitere Etappe der Befriedung genommen hat, steht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Pandemie-Programm (PEPP) der EZB noch aus, während sich die Rechtsprechung im Bereich des europäischen Grundrechtsschutzes konsolidiert und die jüngsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts merkliche Entspannungssignale aussenden. Dynamik und Spannungsreichtum des Rechtsgebiets zeigen sich in diesen Entwicklungen einmal mehr.

Ich hoffe, trotz der stetig steigenden Komplexität der Fallgestaltungen und vor allem der Verfassungsrechtsprechung mit dem Lehrbuch eine gute Grundlage für den Einstieg in ein enorm spannendes Rechtsgebiet liefern zu können. Für die vielen Zuschriften (bitte per E-Mail an sauer@jura.uni-bonn.de), die mir weiterhin sehr willkommen sind, möchte ich mich herzlich bedanken. Meiner Mitarbeiterin Helena Alcantara danke ich ganz herzlich für die sehr gute Betreuung dieser Neuauflage. Mein wichtigster Gesprächspartner für alle Fragen im Staatsrecht III bleibt Prof.



Dr. Mehrdad Payandeh, LL.M. (Yale), dem ich wieder für viele Gespräche und Ratschläge danken möchte.

Die Streichung der in der 7. Auflage des Lehrbuchs noch verwendeten „Gendersternchen“ sowie die Veränderungen der Zitierweise gehen auf Vorgaben des Verlags zurück.

Bonn, im Juni 2024

*Heiko Sauer*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Vorwort zur 1. Auflage

Das Staatsrecht III ist ein spannendes und dynamisches Rechtsgebiet. Mit der Fortentwicklung des Rechts der Europäischen Union und der Zunahme völkerrechtlicher Bindungen, die für innerstaatliche Rechtsbeziehungen relevant sind, haben Fragen nach der Art und Weise des Zusammenwirkens der deutschen Rechtsordnung mit dem Europa- und Völkerrecht an Bedeutung gewonnen. Dieses Zusammenwirken besteht maßgeblich in einer bemerkenswerten, verfassungsrechtlich gewollten Öffnung der deutschen Rechtsordnung für die Einflüsse vor allem des supranationalen Unionsrechts, aber auch des Völkerrechts. Diese Einflüsse führen zu erheblichen Überlagerungen und Umgestaltungen des innerstaatlichen Rechts. Das mag eher theoretisch klingen; aber die Fragen, wie sich europa- und völkerrechtliche Bindungen in der deutschen Rechtsordnung im Einzelnen auswirken und wie ihnen, auch mit Blick auf widerstreitende verfassungsrechtliche Anforderungen, Rechnung getragen werden kann, haben erhebliche praktische Bedeutung. Das hat sich zuletzt etwa hinsichtlich der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Völkerrechtswidrigkeit der deutschen Sicherungsverwahrung oder der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu der Frage gezeigt, ob und wann einem Rechtsakt der Europäischen Union in Deutschland die Gefolgschaft verweigert werden kann. Wenn die unionsrechtliche bzw. die völkerrechtliche Rechtslage festgestellt ist, schließt sich also die letztlich entscheidende Frage an, ob und wie die daraus resultierenden Vorgaben im innerstaatlichen Recht umzusetzen sind. Das ist das übergreifende Thema des Staatsrechts III und damit dieses Buches: Das Staatsrecht III bildet das Scharnier zwischen der deutschen Verfassungsordnung und dem Recht der Europäischen Union sowie dem Völkerrecht – sowohl hinsichtlich des Verständnisses der Zusammenhänge als auch hinsichtlich des Zusammenwirkens der Rechtsordnungen in der Praxis.

Die im Rahmen des Pflichtfachbereichs erforderlichen Grundkenntnisse des Europarechts sowie gegebenenfalls im Schwerpunktbereichsstudium erworbenes Wissen im Völkerrecht können damit in einem Fall mit Bezug zur deutschen Rechtsordnung ohne Grundlagenverständnis im Staatsrecht III nicht umgesetzt werden. Es ist deshalb folgerichtig, dass dieses Rechtsgebiet in allen Bundesländern zum Pflichtstoff im ersten Staatsexamen gehört. Das entspricht auch der erheblichen praktischen Bedeutung des Fachs. Jeder deutsche Rechtsanwender ist heute unabhängig von seinem konkreten Tätigkeitsbereich mit Fragen der Einwirkung des

Unionsrechts und auch des Völkerrechts, insbesondere in Form der auf alle innerstaatlichen Sachverhalte anwendbaren Europäischen Menschenrechtskonvention, befasst. Er muss die einschlägigen Rechtsquellen kennen, sie auslegen und anwenden können, europa- und völkerrechtliche Vorgaben in die deutsche Rechtsordnung einpassen und dabei immer wieder Kollisionen mit deutschen Rechtsvorschriften bewältigen.

Mit Blick auf diese Anforderungen in Studium und späterer Praxis stellt dieses Lehrbuch die Grundlagen des Staatsrechts III dar. Stoffauswahl, Darstellungsweise und Umfang orientieren sich an den Bedürfnissen von Studierenden. Die Zielsetzung des Buches liegt darin, Grundverständnis für die im Einzelnen recht komplexen Zusammenhänge zu schaffen; das ist für die Belange von Studierenden erforderlich, aber auch ausreichend. Wenn zur Veranschaulichung immer wieder einzelne Probleme und aktuelle Fallbeispiele herangezogen werden, steht dabei nicht die Vermittlung von Detailwissen im Vordergrund. Es geht vielmehr um die Darstellung grundlegender Zusammenhänge – und vor allem darum, Problembewusstsein zu schaffen. Auf dieser Grundlage kann für einzelne, durch die Fortentwicklung der Rechtsordnungen und ihres Zusammenwirkens immer wieder neu entstehende Probleme eine vertretbare Lösung entwickelt werden. Der darstellende Teil des Lehrbuchs wird zu diesem Zweck von Fallbeispielen mit Lösungen, von Klausurhinweisen und Wiederholungsfragen sowie von Schaubildern ergänzt, die das Gelernte veranschaulichen und zusammenfassen sollen. Besonderes Augenmerk liegt auf der Würdigung der im Bereich des Staatsrechts III besonders wichtigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, deren zentrale Passagen auszugsweise wiedergegeben werden.

Das Lehrbuch ist aus Aufzeichnungen und Materialien für meine Vorlesung im Staatsrecht III an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf hervorgegangen; es beruht auf Erkenntnissen, die ich bei der wissenschaftlichen und praktischen Beschäftigung mit einzelnen Fragen dieses Rechtsgebiets in den vergangenen Jahren gewonnen habe. Herrn Professor Dr. Alexander Lorz, LL.M. (Harvard), danke ich herzlich für die Unterstützung des Vorhabens und die gründliche Durchsicht des Manuskripts. Großer Dank gilt auch meinem Kollegen Dr. Mehrdad Payandeh, LL.M. (Yale), der sich die Zeit für die Lektüre des Entwurfs und für viele eingehende Diskussionen genommen hat. Maike Richterich danke ich dafür, dass sie den ersten Entwurf aus studentischer Sicht beurteilt hat. Simon Weise bin ich für die Unterstützung bei der Erstellung der Schaubilder dankbar. Herrn Dr. Johannes Wasmuth vom Verlag C. H. Beck danke ich für seine Bereitschaft zur Umsetzung des Vorhabens und für die angenehme Zusammenarbeit. Über Kritik und Anregungen zur Verbesserung des Lehrbuchs (gern per E-Mail an [heiko.sauer@uni-duesseldorf.de](mailto:heiko.sauer@uni-duesseldorf.de)) würde ich mich sehr freuen. Am meisten würde ich mich aber freuen, wenn das

Buch meine Begeisterung für das Fach verständlich machen und in dieser Hinsicht vielleicht auch ein wenig ansteckend wirken würde.

Düsseldorf, im Juli 2011

*Heiko Sauer*

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsübersicht

Vorwort zur 8. Auflage . . . . .	VII
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	IX
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XV
Literaturverzeichnis . . . . .	XXIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV

### **Einführung**

§1. Warum und wie Staatsrecht III studieren? . . . . .	1
--	---

### **Teil 1. Die Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit**

§2. Historischer und theoretischer Abriss: Wandel von Staatlichkeit und Souveränität durch globale Herausforderungen . . . . .	15
§3. Die rechtlichen Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit . . . . .	30

### **Teil 2. Die auswärtige Gewalt unter dem Grundgesetz**

§4. Materielle Bindungen und Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt . . . . .	47
§5. Auslandseinsätze der Bundeswehr . . . . .	89

### **Teil 3. Grundgesetz und Völkerrecht**

§6. Wirkungen des Völkerrechts in der deutschen Rechtsordnung . . . . .	115
§7. Die Europäische Menschenrechtskonvention in der deutschen Rechtsordnung . . . . .	148

### **Teil 4. Grundgesetz und Europarecht**

§8. Wirkungen des Europarechts in der deutschen Rechtsordnung . . . . .	179
§9. Verfassungsrechtliche Integrationsschranken und Vorrangbegrenzung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	226

Sachverzeichnis . . . . .	315
---------------------------	-----

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage . . . . .	VII
Vorwort zur 1. Auflage . . . . .	IX
Inhaltsübersicht . . . . .	XIII
Literaturverzeichnis . . . . .	XXIII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV

## Einführung

<b>§1. Warum und wie Staatsrecht III studieren?</b> . . . . .	1
I. Staatsrecht III und Grundverständnis im Verfassungs- und Europarecht . . . . .	1
II. Prüfungs- und Examensrelevanz des Staatsrechts III . . . . .	3
III. Praxisrelevanz des Staatsrechts III: vier Referenzfälle zum Einstieg . . . . .	5
1. Fall: Die EMRK und deutsches Recht am Beispiel der Sicherungsverwahrung . . . . .	5
2. Fall: Völker- und Europarecht und deutsches Recht am Beispiel der Terrorismusbekämpfung . . . . .	6
3. Fall: Völkerrecht und deutsches Recht am Beispiel des konsularischen Beistands . . . . .	7
4. Fall: Europarecht und deutsches Recht am Beispiel der Altersdiskriminierung . . . . .	8
5. Fazit . . . . .	10
IV. Zum Umgang mit diesem Lehrbuch . . . . .	11

## Teil 1. Die Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit

<b>§2. Historischer und theoretischer Abriss: Wandel von Staatlichkeit und Souveränität durch globale Heraus- forderungen</b> . . . . .	15
I. Von der Souveränität zur Interdependenz: die Öffnung des Staates nach außen . . . . .	15
II. Von der Koexistenz zur Kooperation im Völkerrecht . . . . .	18
III. Von der Wirtschaftsintegration zur politischen Gemeinschaft in Europa . . . . .	21
IV. Offene Verfassungsstaatlichkeit als Folge . . . . .	25
V. Theoretische Schwierigkeiten . . . . .	27
VI. Praktische Herausforderungen . . . . .	28



<b>§3. Die rechtlichen Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit</b> . . . . .	30
I. Völkerrechtliche Grundlagen . . . . .	30
1. Reichweite und Grenzen des staatlichen Herrschaftsbereichs . . . . .	30
2. Völkerrechtliche Entscheidungsfreiheit bei den innerstaatlichen Wirkungen des Völkerrechts . . . . .	33
II. Europarechtliche Grundlagen . . . . .	34
1. Veränderung der Zuständigkeitsordnung . . . . .	34
2. Vorgaben für die innerstaatlichen Wirkungen des Unionsrechts . . . . .	34
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen im Überblick . . . . .	36
1. Verfassungsrechtliche Integrationshebel . . . . .	36
2. Vorgaben für die Ausübung der auswärtigen Gewalt . . . . .	40
a) Inhaltliche Vorgaben . . . . .	41
b) Kompetenzverteilung . . . . .	42
3. Innerstaatliche Wirkungen des Völker- und Europarechts . . . . .	42
IV. Deutsches Rechtsanwendungsrecht („Internationales Recht“) . . . . .	43

## **Teil 2. Die auswärtige Gewalt unter dem Grundgesetz**

<b>§4. Materielle Bindungen und Kompetenzverteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt</b> . . . . .	47
I. Überblick . . . . .	47
II. Materielle Bindungen der auswärtigen Gewalt . . . . .	48
1. Grundlagen . . . . .	48
2. Grundrechtsbindung in grenzüberschreitenden Sachverhalten . . . . .	49
3. Verfassungsrechtliche Grenzen der europäischen Integration . . . . .	52
III. Verbandskompetenzverteilung . . . . .	57
1. Art. 32 GG und Lindauer Abkommen . . . . .	57
2. Die Beteiligung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union . . . . .	62
IV. Organkompetenzverteilung . . . . .	65
1. Befugnisse des Bundespräsidenten . . . . .	66
2. Kompetenzabgrenzung zwischen Bundesregierung und Bundestag . . . . .	66
a) Die auswärtige Gewalt als Domäne der Exekutive? . . . . .	67
b) Die Zustimmung des Bundestages zu völkerrechtlichen Verträgen: Art. 59 Abs. 2 GG . . . . .	69

c)	Die Integrationsverantwortung des Bundestages in Angelegenheiten der EU . . . . .	72
aa)	Reichweite des Gesetzesvorbehalts in Art. 23 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	72
bb)	Mitwirkung des Bundestages in Angelegen- heiten der EU: Art. 23 Abs. 2 und 3 GG und EUZBBG . . . . .	74
cc)	Zustimmungsvorbehalte nach dem IntVG und „Integrationsverantwortung“ . . . . .	76
3.	Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	78
4.	Vertiefungsabschnitt: Organkompetenzverteilung bei rechtserheblichen Maßnahmen im Rahmen völker- rechtlicher Verträge . . . . .	82
a)	Beteiligung des Bundestages an der Fortentwick- lung zustimmungsbedürftiger Verträge: Vertrags- änderungen ohne Änderungsverträge . . . . .	82
b)	Kündigung zustimmungsbedürftiger Verträge . . . . .	85
c)	Erklärung von Vorbehalten zu zustimmungsbe- dürftigen Verträgen . . . . .	86
<b>§ 5.</b>	<b>Auslandseinsätze der Bundeswehr</b> . . . . .	89
I.	Die völkerrechtlichen Grundlagen des Einsatzes militärischer Gewalt . . . . .	90
II.	Verfassungsrechtliche Grundlagen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr . . . . .	92
1.	Einsatzermächtigungen . . . . .	92
2.	Kompetenzfragen: Parlamentsvorbehalt und Rückholrecht . . . . .	98
3.	Vertiefungsabschnitt: Befugnisse im Auslandseinsatz und verfassungsrechtliche Grenzen . . . . .	102
III.	Auslandseinsätze vor dem Bundesverfassungsgericht . . . . .	110
1.	Kompetenzfragen . . . . .	110
2.	Materiell-rechtliche Fragen im Organstreit? . . . . .	111

### Teil 3. Grundgesetz und Völkerrecht

<b>§ 6.</b>	<b>Wirkungen des Völkerrechts in der deutschen Rechts- ordnung</b> . . . . .	115
I.	Rechtsquellen des Völkerrechts . . . . .	115
II.	Die Übernahme völkerrechtlicher Verpflichtungen in das innerstaatliche Recht . . . . .	117
1.	Grundlagen des Verhältnisses zwischen Völkerrecht und staatlichem Recht . . . . .	118

a)	Monismus und Dualismus . . . . .	118
b)	Transformation, Vollzug und Rechtsanwendungs- befehl . . . . .	119
2.	Völkerrechtliche Verträge im deutschen Recht . . . . .	121
a)	Innerstaatliche Geltung und Rang von Völkerver- tragsrecht . . . . .	121
b)	Unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit . . . . .	123
3.	Völkergewohnheitsrecht im deutschen Recht . . . . .	127
a)	Innerstaatliche Geltung und Rang . . . . .	127
b)	Unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit . . . . .	128
III.	Die deutsche Einbindung in internationale Organisationen . . . . .	131
1.	Integrationsnormen: Art. 24 Abs. 1 und 2, Art. 59 Abs. 2 GG . . . . .	132
2.	Die Integrationsfolgen . . . . .	132
a)	Sekundäres Völkerrecht im deutschen Recht . . . . .	132
b)	Die Entscheidungen internationaler Gerichte im deutschen Recht . . . . .	138
IV.	Die Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes als Kollisionsvermeidungsprinzip . . . . .	141
1.	Grundlagen . . . . .	141
2.	Vertiefungsabschnitt . . . . .	144
a)	Das Problem des Treaty Override . . . . .	144
b)	Übersteigerungen der Völkerrechtsfreundlichkeit am Beispiel der Pirateriebekämpfung . . . . .	146
<b>§ 7.</b>	<b>Die Europäische Menschenrechtskonvention in der deutschen Rechtsordnung . . . . .</b>	<b>148</b>
I.	Die Menschenrechtskonvention als Konstitu- tionalisierungsprozess . . . . .	149
II.	Der Inhalt der Konvention im Überblick . . . . .	150
1.	Konventionsgarantien . . . . .	150
2.	Rechtsschutzsystem . . . . .	151
III.	Völkerrechtliche Wirkungen der Urteile des EGMR . . . . .	153
1.	Die Umsetzungspflicht aus Art. 46 Abs. 1 EMRK . . . . .	153
2.	Völkerrechtliche Wirkungen von Verletzungsurteilen in Parallelfällen . . . . .	156
3.	Vertiefungsabschnitt: Umsetzungspflicht und Rechts- kraftdurchbrechung . . . . .	157
IV.	Wirkungen der EMRK sowie der Urteile des EGMR im deutschen Recht . . . . .	161
1.	Geltung, Rang, unmittelbare Anwendbarkeit und Einklagbarkeit der EMRK . . . . .	162

2. Die Aufwertung der EMRK durch die Verfassungsrechtsprechung . . . . .	163
a) Die Konvention zwischen Gesetzes- und Verfassungsrang . . . . .	163
b) Probleme der verfassungsrechtlichen Berücksichtigungspflicht zu Gunsten der EMRK . . . . .	166
c) Vertiefungsabschnitt: Kollisionsprobleme in mehrpoligen Grundrechtsverhältnissen und Grenzen der Berücksichtigungspflicht . . . . .	168
3. Fazit . . . . .	173

#### **Teil 4. Grundgesetz und Europarecht**

<b>§8. Wirkungen des Europarechts in der deutschen Rechtsordnung . . . . .</b>	<b>179</b>
I. Rechtsquellen des Europarechts . . . . .	180
1. Primärrecht: EUV, AEUV und allgemeine Rechtsgrundsätze . . . . .	180
2. Sekundärrecht . . . . .	181
a) Die Kompetenzverteilung zwischen EU und Mitgliedstaaten . . . . .	181
b) Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse . . . . .	182
II. Wirkungen des Europarechts im innerstaatlichen Recht . . . . .	185
1. Primärrecht: EUV und AEUV im deutschen Recht . . . . .	185
a) Unmittelbare Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit . . . . .	185
b) Einklagbarkeit . . . . .	186
2. Sekundärrecht . . . . .	187
a) Supranationales Sekundärrecht: Verordnungen und individualgerichtete Beschlüsse im deutschen Recht . . . . .	187
b) Nicht-supranationales Sekundärrecht: Richtlinien und nicht-individualgerichtete Beschlüsse im deutschen Recht . . . . .	188
c) Die Direktwirkung von Richtlinien . . . . .	188
III. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	193
1. Grundlagen . . . . .	193
2. Vorrang als Kollisionsnorm . . . . .	196
3. Verfahrensrechtliche Dimension des Vorrangs . . . . .	197
4. Vorrang und Konformauslegung . . . . .	198
IV. Unionsrechtliche Vollzugsvorgaben . . . . .	201
1. Grundlagen . . . . .	202
2. Das Diskriminierungsverbot . . . . .	202

3. Das Effektivitätsgebot . . . . .	202
a) Die Durchsetzung von Unionsrecht und das subjektive Recht . . . . .	203
b) Die Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen . . . . .	205
c) Die Aufhebung bestandskräftiger unionsrechtswidriger Verwaltungsakte . . . . .	209
d) Modifikationen beim vorläufigen Verwaltungsschutz . . . . .	211
4. Staatshaftung für Verletzungen des Unionsrechts . . . . .	214
V. Der europäische Rechtsprechungsverbund: Verschränkungen zwischen den Gerichtsbarkeiten in Europa und arbeitsteiliger Individualrechtsschutz . . . . .	217
1. Das Vorabentscheidungsverfahren . . . . .	217
2. Der Rechtsschutz Einzelner vor dem EuGH durch die Individualnichtigkeitsklage . . . . .	219
3. Vertiefungsabschnitt: die verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Sanktionierung unterbliebener Vorlagen . . . . .	221
<b>§ 9. Verfassungsrechtliche Integrationsschranken und Vorrangbegrenzung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .</b>	<b>226</b>
I. Unterschiedliche Prämissen von Gerichtshof und Bundesverfassungsgericht zum Wesen der Unionsrechtsordnung . . . . .	227
II. Die verfassungsrechtlichen Integrationsschranken in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	230
1. Integrationsschranken für die deutsche Beteiligung an der Änderung des Primärrechts . . . . .	231
a) Demokratieanforderungen an die Europäische Union . . . . .	231
b) Rückwirkungen des Integrationsprozesses auf die innerstaatliche Demokratie: Kompetenzerhaltungsgebot und Entstaatlichungsverbot („materielle Übertragungskontrolle“) . . . . .	235
c) Formelle Übertragungskontrolle: Übertragung von Hoheitsrechten unter Verletzung der formellen Anforderungen . . . . .	239
2. Integrationsschranken für die innerstaatliche Anwendung von Sekundärrecht . . . . .	240
a) Überlegungen zur Aussagekraft von Art. 23 Abs. 1 S. 3 und Art. 79 Abs. 3 GG für das Handeln der Unionsorgane . . . . .	240

b)	Rechtsprechungslinien des Bundesverfassungsgerichts zu den Integrationsschranken für die innerstaatliche Anwendung von Sekundärrecht der EU . . .	242
aa)	Bündelung der Integrationsschranken für die innerstaatliche Anwendung von Sekundärrecht im Konzept der deutschen Verfassungsidentität	242
bb)	Deutsche Verfassungsidentität und Grundrechtskontrolle von Unionsrecht . . . . .	244
cc)	Deutsche Verfassungsidentität und Kompetenzkontrolle von Unionsrecht . . . . .	250
dd)	Deutsche Verfassungsidentität und Kontrolle von Unionsrecht anhand sonstiger Staatsstrukturprinzipien . . . . .	266
ee)	Versuch einer Synthese . . . . .	267
c)	Integrationsschranken und ausnahmsweise zustimmungsbedürftige Unionsrechtsakte . . . . .	268
d)	Vertiefungsabschnitt: Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Wahrung der Haushaltsautonomie des Bundestages bei der Stabilisierung des Euro und darüber hinaus . . . . .	275
aa)	Tatsächlicher Hintergrund und getroffene Maßnahmen . . . . .	275
bb)	Unionsrechtliche Probleme der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro . . . . .	278
cc)	Verfassungsrechtliche Probleme der Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro . . . . .	280
III.	Verfassungsprozessrechtliche Folgen der Karlsruher Rechtsprechung . . . . .	285
1.	Mögliche Prüfungsgegenstände im Europaverfassungsrecht . . . . .	285
a)	Primärrecht: Kontrolle des Zustimmungsgesetzes zu Vertragsänderungen . . . . .	286
b)	Sekundärrecht: von der Kontrolle von Unionsrechtsakten zur Kontrolle von Durchführungsrechtsakten . . . . .	286
c)	Entscheidungsverhalten der deutschen Vertreterinnen und Vertreter im Rat . . . . .	289
2.	Der Prüfungsmaßstab des Bundesverfassungsgerichts im Europaverfassungsrecht . . . . .	290
a)	Deutsche Verfassungsidentität als Prüfungsmaßstab .	290
b)	Lockerung der Verfassungsbindung auch bei unionsrechtlich determinierten Durchführungsrechtsakten . . . . .	290

c)	Unionsverfassungsrechtliche Kompetenzordnung als Prüfungsmaßstab bei der ultra vires-Kontrolle . . .	294
d)	Vertiefungsabschnitt: Grundrechtsprüfung des Bundesverfassungsgerichts zwischen Grundgesetz und Grundrechtecharta . . . . .	295
3.	Anwendungsbereiche und Problemstellungen der verschiedenen Verfahrensarten . . . . .	301
a)	Normenkontrollen . . . . .	301
b)	Organstreitverfahren . . . . .	302
c)	Verfassungsbeschwerden wegen der Verletzung des „Grundrechts auf Demokratie“ . . . . .	303
aa)	Das Fehlen eines klassischen Grundrechtsein- griffs als Ausgangsbefund . . . . .	303
bb)	Ursprung der materiellen Aufladung von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG: die kompetenzbezoge- ne Entleerungsrüge und ihre Spielarten . . . . .	304
cc)	Fortsetzung der materiellen Aufladung von Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG: die legitimationsbezo- gene Verdrängungsrüge und ihre Spielarten . . .	305
dd)	Formelle Übertragungskontrolle . . . . .	307
ee)	Identitätskontrolle jenseits des Demokratie- prinzips und Art. 38 Abs. 1 S. 1 GG . . . . .	307
ff)	Kritik am „Grundrecht auf Demokratie“ . . . . .	308
gg)	Zusammenfassung und Hinweise zum Prü- fungsaufbau . . . . .	309
	Sachverzeichnis . . . . .	315